

Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 12.04.2011

Der ausstehende Praxistest: Öffnung der Hochschulen für die „Offene Hochschule Niedersachsen“

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Sie ist aber auch ein Beitrag zur Entwicklung einer modernen Gesellschaft und Ökonomie der Hochqualifikation. Um im Innovationswettbewerb der führenden Industrienationen zukünftig zu bestehen, kommt der Qualifikation der eigenen erwerbstätigen Bevölkerung eine Schlüsselstellung zu. Schon jetzt ist der Mangel an akademischem Nachwuchs deutschlandweit in einigen Branchen als Wachstumsbremse spürbar, auch in Niedersachsen. Demografie bedingt wird sich die Fachkräftelücke weiter vergrößern: Schon in den nächsten Jahren werden mehr gut ausgebildete Arbeitskräfte aus Altersgründen den Arbeitsmarkt verlassen als junge neu eintreten. Gleichzeitig werden der sektorale Strukturwandel hin zu wissensintensiven Wirtschaftszweigen und wachsender Innovationsdruck auch bei den klein- und mittelständischen Unternehmen den Bedarf nach qualifizierten Fachkräften weiter wachsen lassen.

Niedersachsen muss es daher besser als in der Vergangenheit gelingen, vorhandene Bildungsreserven im eigenen Land zu mobilisieren, die niedrige Studierquote zu erhöhen und das im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Qualifikationsniveau seiner Erwerbstätigen zu verbessern. Einen wichtigen Beitrag leisten die gesetzlich verankerte Neugestaltung des Übergangs zwischen Berufsbildungs- und Hochschulsystem und die breite Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte. Denn Absolventen der beruflichen Bildung stellen ein erhebliches, bisher wenig genutztes Potenzial zur Steigerung des Anteils der Hochqualifizierten dar. Zwar wurden in Niedersachsen schon früh die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, dass auch beruflich Qualifizierte ohne Abitur studieren können. Doch die Möglichkeiten sind kaum bekannt und nur wenige nutzen sie: Der Anteil beruflich Qualifizierter an den Studierenden im 1. Hochschulsemester beträgt weniger als 2 %. Um eine breitere Beteiligung zu erreichen, müssen neben den rechtlichen vor allem die materiellen Rahmenbedingungen des Hochschulzugangs und die Studienbedingungen an den Hochschulen verbessert werden. Ohne aktives Handeln der Hochschulen und der Politik werden die Chancen eines erweiterten Hochschulzugangs ungenutzt bleiben.

Der Landtag stellt fest, dass

- die angestrebte Öffnung nur gelingen wird, wenn gleichzeitig die Hochschulen bereit sind, ihre tradierte Lehr- und Lernkultur auf den Prüfstand zu stellen und ihre Studieninhalte an die Bedürfnisse der neuen Zielgruppen anzupassen. Dazu gehört, dass Hochschulen sich endlich von dem Leitbild des Normalstudierenden („jung, deutsch, ledig, mit Abitur, Vollzeitstudent, finanziell abgesichert“) verabschieden und ihre Studienangebote und -organisation auf die vorhandene Vielfalt an (Bildungs-)Biografien der Studierenden ausrichten,
- die Eröffnung und Akzeptanz von neuen Bildungswegen nur in enger Kooperation von Hochschulen mit Berufsschulen, Fachschulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Gewerkschaften und der Wirtschaft sowie unterstützenden Initiativen des Landes gelingen kann.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. ein attraktives Anreizsystem für die Hochschulen aufzubauen, durch das Hochschulen belohnt werden, die neue Studienangebote für die Zielgruppe der beruflich Qualifizierten schaffen. Hierzu gehören der Ausbau von dualen Studienangeboten, echten Teilzeitstudiengängen, Fernstudium, weiterbildenden Bachelor- und Masterstudiengängen sowie der Ausbau von E-Learning Angeboten,
2. im Rahmen von Ziel- und Leistungsvereinbarungen ein breites Angebot studienvorbereitender und -begleitender Kurse, Propädeutika und Beratungsleistungen an den Hochschulen sicherzustellen sowie Weiterbildungszentren einzurichten,
3. die Zugangsvoraussetzungen für beruflich Qualifizierte und Anrechnungsverfahren von in der Ausbildung und im Beruf erworbenen Kompetenzen in einer gemeinsamen Vereinbarung der Länder bundeseinheitlich zu regeln. Die derzeit äußerst stark voneinander abweichenden und wenig transparenten Länderregelungen stellen eine vermeidbare Barriere für beruflich Qualifizierte dar, ein Studium anzustreben,
4. sich in einer Bundesratsinitiative für eine Weiterentwicklung des Meister-BAföG zu einem Erwachsenenbildungsförderungsgesetz einzusetzen, das auch beruflich Qualifizierten einen Anspruch auf Förderung gewährt. Dazu gehört auch, zukünftig beim BAföG Teilzeitstudiengänge förderfähig zu machen und die Altersgrenze beim BAföG aufzuheben,
5. finanzielle Hürden beim Hochschulzugang abzubauen und die Studiengebühren abzuschaffen. Darüber hinaus soll ein gemeinsam von Land und Wirtschaft finanziertes niedersächsisches Stipendienprogramm für beruflich Qualifizierte aufgelegt werden,
6. jungen Menschen, die in Niedersachsen eine Ausbildung im dualen oder Schulberufssystem absolvieren, die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Ausbildung mit einem Berufsabitur als zweitem Regelabschluss abzuschließen.

Begründung

Die Ausweitung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte ist nicht nur eine Frage der Chancengleichheit, sondern auch ein volkswirtschaftliches Erfordernis. International vergleichende Studien stellen fest, dass Deutschland im Vergleich der führenden Industrienationen weiter an Innovationskraft verliert. Als zentrale Schwäche Deutschlands wird der Mangel an akademischem Nachwuchs genannt. Während es anderen Ländern gelungen ist, die Bildungsreserven ihrer Bevölkerung zu mobilisieren und die Studierquote zu steigern, stagniert die Bildungsbeteiligung in Deutschland auf niedrigem Niveau: Laut der aktuellen OECD-Studie nehmen nur 36 % eines Altersjahrgangs ein Studium auf, im OECD-Durchschnitt sind es 54 %. Niedersachsen liegt mit einer Studierquote von knapp 30 % nochmals deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und weit entfernt von dem von der Landesregierung proklamierten 40%-Ziel. Gleichzeitig werden die Klagen immer lauter, dass schon jetzt Arbeitsplätze mit hohen Qualifikationsanforderungen, insbesondere in den technischen und naturwissenschaftlichen Berufen, nicht mehr besetzt werden können.

Da der Bedarf infolge des sektoralen Strukturwandels weiter ansteigen wird, müssen vorhandene Bildungsreserven besser mobilisiert und die Bildungsmobilität erhöht werden. Eine große Zahl von jungen Menschen durchläuft Jahr für Jahr eine anspruchsvolle duale Berufsausbildung, ohne Möglichkeit beruflicher Höherqualifizierung durch ein anschließendes Studium. Das Potenzial der gut ausgebildeten Facharbeiter und Fachangestellten zur Erhöhung der Akademikerquote wird so kaum ausgeschöpft. Deutschland gehört zu den europäischen Staaten mit dem geringsten Anteil nicht-traditioneller Studierender.

Mit der im NHG verankerten Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte wurden neue Wege zu einer Hochschulbildung eröffnet. Damit diese Wege sich auch in der Praxis als gangbar erweisen, bedarf es umfassender Reformen der Organisation des Hochschulstudiums und einer besseren Vernetzung der Hochschulen mit den Berufsbildenden Schulen, Einrichtungen der Weiterbildung und der regionalen Akteure aus Wirtschaft und Verbänden.

Um die Bildungsmobilität zu erhöhen und weitere Wege zur Hochschule zu eröffnen, ist die Einführung eines Berufsabiturs als zweiter (fakultativer) Regelabschluss in der Berufsbildung anzustreben. Jugendliche sind so in ihrer beruflichen Orientierung flexibler und ihre Beschäftigungschancen werden verbessert. Darüber hinaus wird die Attraktivität der dualen Ausbildung erhöht und die Ausbildungszeit besser genutzt. Von besonderer Bedeutung für Niedersachsen ist, dass mit dem Berufsabitur eine bessere Förderung des Mittelstands und seines Leitungsnachwuchses erreicht wird. In der Schweiz und in Österreich ist die „Berufsmatura“ als Bildungsweg bereits erfolgreich im Berufsbildungssystem verankert. Dort besteht für junge Menschen in der dualen Ausbildung die Möglichkeit, ausbildungsbegleitend an der Berufsschule die „Berufsmatura“ (Berufsabitur) zu erwerben, die zum Hochschulzugang berechtigt. Dieser zusätzliche Weg zur Hochschule über das Berufsabitur soll auch in Niedersachsen eröffnet werden.

Stefan Schostok

Fraktionsvorsitzender